

Frau Bundeskanzlerin

Ergebnisse aus der Meinungsforschung

Wochenbericht KW 37 16.09.2016

forsa Emnid	GMS	infratest dimap
-------------	-----	-----------------

Wähleranteile:	Union bei 33 % bzw. 32 %, SPD bei 24 % bzw. 23 %
Politische Aufgaben:	Bildungspolitik am wichtigsten Gute Beurteilung der Bundesregierung bei vielen politischen Aufgaben
Wirtschaft:	Pessimistische Erwartungen überwiegen
Allgemeine Lebenslage:	Hohe Zufriedenheit mit der Lebensqualität in Deutschland
Themen Bundesregierung:	Flüchtlingspolitik, Integration von Ausländern
Wichtigstes Thema:	Flüchtlingsströme/Europäische Einwanderungspolitik

Wähleranteile

Angaben in Prozent

	forsa für RTL/stern	Emnid¹ für BamS	GMS ²
CDU/CSU	32 (-1)	32 (-1)	33 (-1)
SPD	23 (+1)	24 (+1)	23 (+1)
FDP	6 (-1)	5 (-1)	7 (-)
DIE LINKE	8 (-)	9 (-)	8 (-1)
B'90/Grüne	11 (-1)	11 (-)	11 (-2)
AfD	13 (+1)	14 (+1)	13 (+4)
Sonstige	7 (+1)	5 (-)	5 (-1)
Erhebungszeitraum	0509.09.	0814.09.	0914.09.

Die Union liegt bei GMS 10 (-2), bei forsa 9 (-2) und bei Emnid 8 (-2) Prozentpunkte vor der SPD.

Kanzlerpräferenz

Angaben in Prozent

	forsa für RTL/stern		
Merkel	43 (-1)		
Gabriel	17 (+1)		
Erhebungszeitraum	0509.09.		

Angela Merkel liegt bei der Kanzlerpräferenz 26 (-2) Prozentpunkte vor Sigmar Gabriel.

85 % (+3) der CDU-Anhänger präferieren Merkel und 4 % (-) Gabriel. Von den CSU-Anhängern würden sich 59 % (-9) für Merkel und 7 % (+3) für Gabriel entscheiden.

46 % (+4) der SPD-Anhänger präferieren Gabriel und 28 % (-3) Merkel.

¹ Sperrfrist bis zur Veröffentlichung in der Bild am Sonntag (18.09.2016)

² im Vergleich zur KW 28

Problemlösungskompetenz

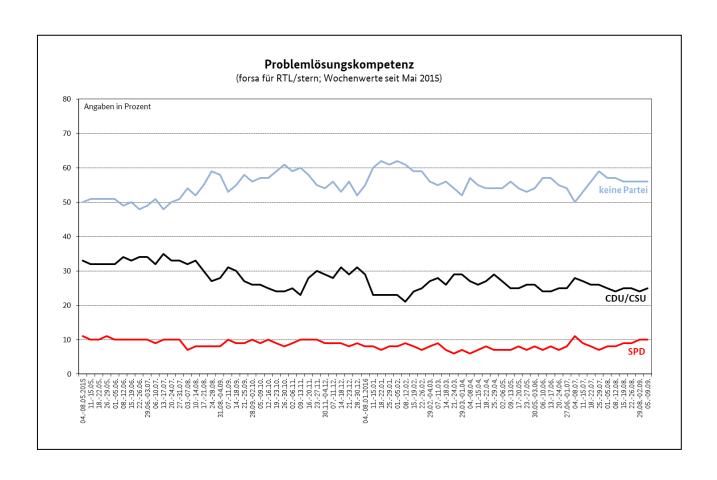
Angaben in Prozent

	forsa für RTL/stern		
CDU/CSU	25	(+1)	
SPD	10	(-)	
sonstige Parteien	9	(-1)	
keine Partei	56	(-)	
Erhebungszeitraum	0509.09.		

Bei der politischen Kompetenz, die gegenwärtigen Probleme in Deutschland zu lösen, liegt die Union 15 (+1) Prozentpunkte vor der SPD.

56 % (-) trauen die Lösung der Probleme keiner Partei zu.

64 % (-1) der Unionsanhänger meinen, dass die eigene Partei mit den Problemen in Deutschland am besten fertig wird, bei den SPD-Anhängern sagen dies 36 % (-) von ihrer Partei.



Wichtigkeit politischer Aufgaben im September 2016

Angaben in Prozent; Veränderungen in Klammern beziehen sich auf die Erhebung im August 2016 Emnid für BPA

politische Aufgaben	se wicl		wich	ntig	weni wich		unwi	chtig
für gute Bildungsmöglichkeiten sorgen	69	(-1)	28	(-)	2	(-)	1	(+1)
Altersversorgung langfristig sichern	66	(+2)	30	(-1)	3	(-)	1	(-)
für soziale Gerechtigkeit sorgen	56	(-2)	41	(+2)	3	(+1)	1	(+1)
für saubere Umwelt und Schutz des Klimas sorgen	56	(-6)	40	(+6)	4	(+1)	1	(+1)
innere Sicherheit gewährleisten	56	(-3)	38	(+2)	5	(+3)	1	(-)
Steuerlast gerecht verteilen	54	(+4)	40	(-4)	4	(-)	1	(-)
Bedingungen für Familien mit Kindern verbessern	53	(+2)	39	(-1)	6	(-1)	1	(-)
Zuwanderung von Ausländern regeln	47	(-1)	37	(-1)	12	(+3)	3	(-)
Arbeitslosigkeit bekämpfen	45	(-3)	46	(+1)	7	(+1)	1	(-)
Daten von Bürgern und Unternehmen besser schützen	45	(-3)	42	(+1)	10	(+1)	3	(+1)
Gesundheitswesen modernisieren	44	(-3)	43	(-)	10	(+3)	2	(+1)
für bezahlbare Strompreise sorgen	33	(-7)	50	(+4)	14	(+3)	2	(-)
deutsche Interessen in der EU vertreten	32	(-3)	51	(+3)	13	(+2)	4	(+2)
Staatsschulden begrenzen	30	(+1)	47	(-4)	19	(+4)	3	(+1)
Energiewende zügig vorantreiben	30	(+3)	47	(-5)	18	(+1)	5	(+2)
neue Technologien fördern	29	(-)	51	(-1)	16	(-)	3	(+2)
für Preisstabilität sorgen	28	(-1)	55	(-3)	15	(+4)	2	(+1)
Rahmenbedingungen für Wirtschaftswachstum schaffen	25	(-)	56	(-5)	14	(+4)	3	(+2)
Verbraucherschutz stärken	25	(-1)	55	(-5)	17	(+6)	1	(-1)
deutsche Interessen im Ausland vertreten	24	(-1)	52	(-)	19	(+1)	4	(-)
Erhebungszeitraum			(713.0	9.2016			

Die <u>Bildungspolitik</u> ist für die Bundesbürger nach wie vor die wichtigste politische Aufgabe und wird überdurchschnittlich häufig von 30- bis 39-Jährigen (82 %), Ostdeutschen (76 %) sowie von Anhängern der SPD (81 %), der Linkspartei (79 %) und der Grünen (76 %) als prioritär angesehen. Frauen nennen diese Aufgabe häufiger als Männer (77 % zu 60 %) und Personen mit mittlerer und hoher formaler Bildung häufiger als Personen mit einfacher formaler Bildung (76 % zu 57 %). Über 60-Jährige (63 %) und Anhänger der AfD (40 %) tun dies unterdurchschnittlich oft.

Die <u>langfristige Sicherung der Altersversorgung</u> wird von 30- bis 39-Jährigen (83 %) und 40- bis 49-Jährigen (74 %) sowie von Anhängern der Linkspartei (88 %), der SPD (73 %) und der AfD (71 %) überdurchschnittlich häufig als sehr wichtig angesehen. Personen mit einfacher und mittlerer formaler Bildung nennen diese Aufgabe häufiger als Personen mit hoher formaler Bildung (72 % zu 56 %). Unter 30-Jährige (55 %) und Anhänger der Grünen (48 %) tun dies unterdurchschnittlich oft.

Beurteilung der Arbeit der Bundesregierung in politischen Aufgabenbereichen September 2016

Angaben in Prozent; Veränderungen in Klammern beziehen sich auf die Erhebung im August 2016 Emnid für BPA

politische Aufgaben	sehr/eher gut	eher/sehr schlecht
deutsche Interessen in der EU vertreten	68 (+5)	27 (-5)
Rahmenbedingungen für Wirtschaftswachstum schaffen	67 (-2)	23 (+1)
innere Sicherheit gewährleisten	67 (+7)	30 (-6)
neue Technologien fördern	66 (-)	25 (-1)
für Preisstabilität sorgen	66 (+4)	27 (-6)
für saubere Umwelt und Schutz des Klimas sorgen	66 (+8)	31 (-7)
deutsche Interessen im Ausland vertreten	64 (+2)	30 (-2)
für gute Bildungsmöglichkeiten sorgen	57 (-4)	38 (+3)
Arbeitslosigkeit bekämpfen	57 (-3)	39 (+6)
Staatsschulden begrenzen	56 (-3)	37 (+3)
Energiewende zügig vorantreiben	55 (+4)	40 (-2)
Verbraucherschutz stärken	51 (-5)	39 (+3)
Bedingungen für Familien mit Kindern verbessern	50 (-4)	45 (+5)
für bezahlbare Strompreise sorgen	48 (+4)	44 (-2)
Gesundheitswesen modernisieren	48 (-2)	47 (+4)
Daten von Bürgern und Unternehmen besser schützen	47 (-4)	45 (+2)
für soziale Gerechtigkeit sorgen	42 (-1)	53 (+1)
Zuwanderung von Ausländern regeln	33 (-)	64 (+2)
Altersversorgung langfristig sichern	32 (-4)	63 (+4)
Steuerlast gerecht verteilen	32 (-1)	63 (+3)
Erhebungszeitraum	0713.	09.2016

In 13 von 20 Politikfeldern bewertet mindestens die Hälfte der Bundesbürger die Arbeit der Bundesregierung als sehr bzw. eher gut.

Im Politikfeld "für saubere Umwelt und Schutz des Klimas sorgen" bewertet im Vergleich zum Vormonat ein um 8 Prozentpunkte höherer Anteil der Bevölkerung die Arbeit der Bundesregierung als sehr bzw. eher gut. Auch der Aufgabenbereich "innere Sicherheit gewährleisten" wird häufiger sehr bzw. eher gut bewertet (+7 Prozentpunkte).

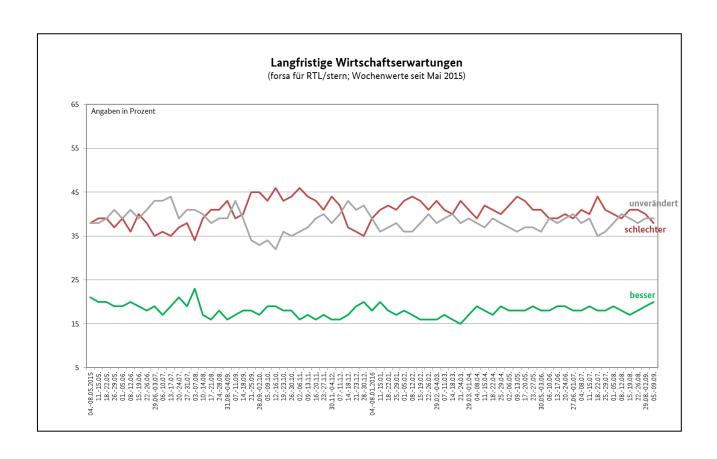
Langfristige Erwartungen für die Wirtschaft

Angaben in Prozent

	forsa für RTL/stern	
besser	20	(+1)
schlechter	38	(-2)
unverändert	39	(-)
Erhebungszeitraum	0509.	09.

Die langfristigen Wirtschaftserwartungen haben sich im Vergleich zur Vorwoche leicht verbessert.

Der Anteil der Bevölkerung, der mit einer Verschlechterung der wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland in den kommenden Jahren rechnet, liegt um 18 (-3) Prozentpunkte höher als der Anteil, der von einer Verbesserung ausgeht.



Entwicklung im Land

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 34

1111 5 1	7 ingaben in 1 rozent, in 1 vergieren zur
forsa ^{für} BPA	Die Dinge entwickeln sich
44 (+4)	eher in die richtige Richtung
48 (-2)	eher in die falsche Richtung
0509.09.	Erhebungszeitraum

Anhänger der Union (61 %) und der Grünen (58 %) sind überdurchschnittlich oft der Meinung, dass die Entwicklung im Land eher in die richtige Richtung geht. Dieser Meinung sind Personen mit hoher formaler Bildung häufiger als Personen mit einfacher formaler Bildung (51 % zu 31 %) und Gutverdiener häufiger als Geringverdiener (49 % zu 37 %).

Für 45- bis 59-Jährige und Personen mit mittlerer formaler Bildung (jew. 53 %) sowie für Anhänger der AfD (87 %), der Linkspartei (68 %) und der FDP (54 %) geht die Entwicklung überdurchschnittlich oft eher in die falsche Richtung.

Zufriedenheit in Lebens- und Problembereichen

forsa für BPA, Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 34

Wie zufrieden sind Sie?	(sehr) zufrieden		weniger bzw gar nicht zufrieden	<i>1</i> .
mit der Lebensqualität in Deutschland	87	(+3)	13 ((-2)
mit der Lage am Arbeitsmarkt	66	(+2)	28 ((-3)
mit dem Schutz vor Gewalt und Kriminalität	51	(+5)	48 ((-5)
mit dem Schul- und Bildungssystem in Deutschland	47	(+1)	49 ((-2)
mit der Finanzlage der öffentlichen Haushalte	39	(+6)	54 ((-5)
mit dem Umgang mit Flüchtlingen und Asylbewerbern	38	(+1)	57	(-2)
mit dem Ausmaß sozialer Gerechtigkeit	34	(+1)	64	(-1)
mit der Sicherung der Altersversorgung in Deutschland	31	(+3)	67	(-2)
mit der Integration von Zuwanderern und Ausländern	29	(+1)	67 ((-1)
Erhebungszeitraum		050	9.09.	

Jeweils eine Mehrheit der Bundesbürger in Deutschland zeigt sich mit der Lebensqualität (87 %), der Lage am Arbeitsmarkt (66 %) und mit dem Schutz vor Gewalt und Kriminalität (51 %) (sehr) zufrieden. In fünf von neun Bereichen ist die Bevölkerung hingegen mehrheitlich weniger oder gar nicht zufrieden.

Anhänger der Grünen (72 %), der SPD (58 %) und der Linkspartei (55 %) sind überdurchschnittlich oft (sehr) zufrieden mit dem Schutz vor Gewalt und Kriminalität. Personen mit hoher formaler Bildung sind häufiger (sehr) zufrieden als Personen mit einfacher formaler Bildung (63 % zu 27 %), unter 30-Jährige häufiger als über 60-Jährige (60 % zu 39 %) und Gutverdiener häufiger als Geringverdiener (60 % zu 42 %). Ostdeutsche (58 %) sowie Anhänger der AfD (82 %) und der FDP (53 %) sind überdurchschnittlich oft weniger bzw. gar nicht zufrieden.

Unter 30-Jährige (45 %) und über 60-Jährige (44 %) sowie Anhänger der Union (49 %), der FDP (48 %) und der SPD (45 %) sind überdurchschnittlich oft (sehr) zufrieden mit der <u>Finanzlage der öffentlichen Haushalte</u>. Personen mit hoher formaler Bildung sind häufiger (sehr) zufrieden als Personen mit einfacher formaler Bildung (44 % zu 33 %). Ostdeutsche (67 %), 45- bis 59-Jährige (64 %) und Geringverdiener (60 %) sowie Anhänger der AfD (73 %) und der Linkspartei (67 %) sind überdurchschnittlich oft weniger bzw. gar nicht zufrieden.

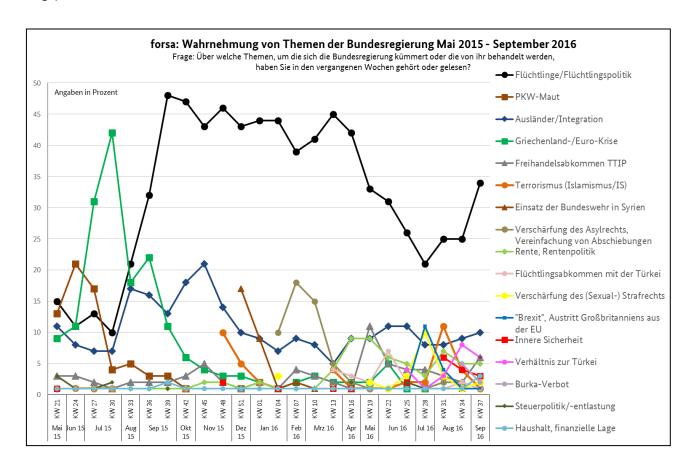
Wahrnehmung von Themen der Bundesregierung

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 34

	fors für BF	
Flüchtlinge/Flüchtlingspolitik	34	(+9)
Ausländer/Integration	10	(+1)
Freihandelsabkommen TTIP	6	(+4)
Steuerpolitik/-entlastung	6	(+4)
Verhältnis zur Türkei	6	(-2)
Rente, Rentenpolitik	5	(-)
Innere Sicherheit	3	(-1)
Haushalt, finanzielle Lage	3	(+2)
Erhebungszeitraum	0509	.09.

Die Flüchtlingspolitik ist das Thema, dass die Deutschen in den vergangenen Wochen von der Bundesregierung am ehesten wahrgenommen haben.

Die <u>Flüchtlingspolitik</u> wird überdurchschnittlich häufig von 30- bis 44-Jährigen (41 %) sowie von Anhängern der FDP (43 %), der Grünen, der AfD (jew. 41 %) und der Linkspartei (40 %) genannt. Gutverdiener nennen dieses Thema häufiger als Geringverdiener (39 % zu 24 %). Ostdeutsche (24 %), Personen mit einfacher formaler Bildung (25 %) und unter 30-Jährige (27 %) beschäftigen sich unterdurchschnittlich oft mit der Flüchtlingspolitik.



Wichtigste Themen

Angaben in Prozent

	infra dim für B	ар
Flüchtlingsströme/Europäische Einwanderungspolitik	41	(-5)
Ausländer in Deutschland, Zuwanderungs-, Asylpolitik	10	(+3)
Präsidentschaftswahl in den USA/Vorwahlen	6	(+5)
Rentenpolitik/Altersvorsorge	6	(+3)
Bürgerkrieg im Irak und Syrien/Terrorgruppe "Islamischer Staat"/ Russlands Eingreifen in Syrien	5	(+3)
Landtagswahl Mecklenburg-Vorpommern/ Abgeordnetenhauswahl Berlin	5	(-10)
Auseinandersetzung Seehofer/Merkel, CSU/CDU	5	(+5)
Erhebungszeitraum	1213	3.09.

Die Bundesbürger beschäftigen sich auch dieser Woche am meisten mit den Flüchtlingsströmen bzw. der europäischen Einwanderungspolitik.

Überdurchschnittlich häufig sehen Gutverdiener (46 %) sowie Anhänger der Union (48 %) und der AfD (47 %) dieses Thema als das wichtigste der Woche. Ostdeutsche (31 %) und unter 30-Jährige (36 %) sowie Anhänger der Linkspartei (32 %) beschäftigen sich unterdurchschnittlich oft damit.

